

Fragen

**für die Fragestunde der 47. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 4. Juni 2003**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Austermann, Dietrich (CDU/CSU)	22, 48	Dr. Kues, Hermann (CDU/CSU)	10, 11
Connemann, Gitta (CDU/CSU)	23, 24	Lensing, Werner (CDU/CSU)	15, 16
Fischer, Dirk (Hamburg) (CDU/CSU)	27	Dr. Löttsch, Gesine (fraktionslos)	1, 18
Fischer, Axel E. (Karlsruhe-Land) (CDU/CSU) . .	28	Marschewski, Erwin (Recklinghausen)	4, 5 (CDU/CSU)
Fritz, Erich G. (CDU/CSU)	12, 13	Mortler, Marlene (CDU/CSU)	19, 20
Hinsken, Ernst (CDU/CSU)	35, 36	Niebel, Dirk (FDP)	14
Hochbaum, Robert (CDU/CSU)	8, 9	Pau, Petra (fraktionslos)	21, 45
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	29, 30	Dr. Pfeiffer, Joachim (CDU/CSU)	6, 7
Kaster, Bernhard (CDU/CSU)	41, 42	Roedel, Hannelore (CDU/CSU)	44
Kaupa, Gerlinde (CDU/CSU)	49, 50	Spahn, Jens (CDU/CSU)	17, 43
von Klaeden, Eckart (CDU/CSU)	37, 38	Straubinger, Max (CDU/CSU)	25, 26
Köhler, Kristina (Wiesbaden) (CDU/CSU) . .	33, 34	Strebl, Matthäus (CDU/CSU)	31, 32
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	46, 47	Voßhoff, Andrea (CDU/CSU)	39, 40
Kretschmer, Michael (CDU/CSU)	2, 3		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	3
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	9
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes .	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	12

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

1. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Lötzsch**
(fraktionslos)

Trifft es zu, dass Kriegsschiffe der ehemaligen NVA-Flotte der DDR – die Anfang der 90er Jahre mit Genehmigung der Bundesregierung an Indonesien unter der Auflage verkauft wurden, dass diese Schiffe nur für den Küstenschutz, für die Sicherung der Seewege gegen Piraterie und gegen den Drogenschmuggel eingesetzt werden (u. a. die Teluk Gili-manuk, die früher den Namen Hoyerswerda trug) – offenkundig vertragswidrig bei einer vom indonesischen Präsidenten angeordneten Militäroffensive gegen die Unabhängigkeitsbewegung in Aceh eingesetzt wurden, und wenn ja, was hat die Bundesregierung gegen diese Vertragsverletzung unternommen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

2. Abgeordneter
**Michael
Kretschmer**
(CDU/CSU)

Welche finanziellen Auswirkungen haben die von der Bundesregierung vorgeschlagenen Neuordnungen im Bereich Hochschulbau und Finanzierung der Forschungsorganisationen für den Bund und die Bundesländer?
3. Abgeordneter
**Michael
Kretschmer**
(CDU/CSU)

Ist es zutreffend, dass, bezogen auf das Jahr 2002, alle fünf neuen Bundesländer mit zum Teil erheblichen Negativsalden zu rechnen hätten?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

4. Abgeordneter
**Erwin
Marschewski
(Recklinghausen)**
(CDU/CSU)

Inwieweit stimmt die Bundesregierung der Rechtsauffassung zu, wonach Artikel 49 Abs. 1 des Vertrages über die Europäische Union (EUV) für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union bindend ist, dem Beitrittsgesuchen eines Staates nur zuzustimmen, wenn dieser die in Artikel 6 Abs. 1 EUV festgeschriebenen Grundsätze achtet, und welche eigenen Prüfungen hat die Bundesregierung unternom-

men, um die Einhaltung der in Artikel 6 Abs. 1 EUV genannten Grundsätze in Bezug auf die Beitrittskandidaten zu überprüfen?

5. Abgeordneter
**Erwin
Marschewski
(Recklinghausen)**
(CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung die fortdauernde Geltung des als „Straffreistellungsgesetz“ bezeichneten, in der Tschechoslowakei verabschiedeten, Gesetzes Nr. 115 aus dem Jahre 1946 vor dem Hintergrund der sich aus Artikel 49 Abs. 1 in Verbindung mit Artikel 6 Abs. 1 EUV ergebenden Verpflichtung, und was gedenkt die Bundesregierung vor diesem Hintergrund zu unternehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit

6. Abgeordneter
**Dr. Joachim
Pfeiffer**
(CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Meinung, dass neben der Steigerung der Flexibilität auch grundlegende Schritte zur „Senkung der Arbeitskosten“ erforderlich sind?

7. Abgeordneter
**Dr. Joachim
Pfeiffer**
(CDU/CSU)

Wenn ja, warum ist diese Passage aus dem Entwurf des Wirtschaftsberichts Deutschland Januar 2003 der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) auf deutschen Wunsch hin gestrichen worden (vgl. Handelsblatt vom 28. Mai 2003)?

8. Abgeordneter
**Robert
Hochbaum**
(CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass in Deutschland seit zwei Jahren eine „dauernde Beinahe-Stagnation“ herrscht?

9. Abgeordneter
**Robert
Hochbaum**
(CDU/CSU)

Wenn ja, warum ist diese Passage aus dem Entwurf des Wirtschaftsberichts Deutschland Januar 2003 der OECD auf deutschen Wunsch hin gestrichen worden (vgl. Handelsblatt vom 28. Mai 2003)?

- | | |
|--|--|
| 10. Abgeordneter
Dr. Hermann Kues
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass die Arbeitslosigkeit in Deutschland einen hohen strukturellen Anteil aufweist? |
| 11. Abgeordneter
Dr. Hermann Kues
(CDU/CSU) | Wenn ja, warum ist diese Passage aus dem Entwurf des Wirtschaftsberichts Deutschland Januar 2003 der OECD auf deutschen Wunsch hin gestrichen worden (vgl. Handelsblatt vom 28. Mai 2003)? |
| 12. Abgeordneter
Erich G. Fritz
(CDU/CSU) | Wann wird die Bundesregierung von ihr selbst als „überlegenswert“ erachtete gesetzliche Maßnahmen ergreifen (Handelsblatt vom 28. Mai 2003), die es ermöglichen, von kollektiven Tarifverträgen abzuweichen? |
| 13. Abgeordneter
Erich G. Fritz
(CDU/CSU) | Welche konkreten Vorstellungen hat die Bundesregierung in diesem Zusammenhang? |
| 14. Abgeordneter
Dirk Niebel
(FDP) | Ist die Bundesregierung der Ansicht, dass gemeinnützig wirkende und nicht auf Gewinn ausgerichtete Unternehmen nicht als Personal-Service-Agenturen tätig werden können und Bewerbungen deshalb abgelehnt werden müssen? |
| 15. Abgeordneter
Werner Lensing
(CDU/CSU) | Soll durch die gezielte Besetzung einer „fachkundigen Stelle“ im Zusammenhang mit der Ausgabe von Bildungsgutscheinen eine Substitution anstelle eines Bundesrahmengesetzes für Weiterbildung geschaffen werden? |
| 16. Abgeordneter
Werner Lensing
(CDU/CSU) | Inwieweit sind durch die Einführung der Bildungsgutscheine kleinere und mittlere Bildungseinrichtungen dadurch benachteiligt, dass die Kosten für eine Zertifizierung bzw. Zulassung unabhängig von der Größe der Einrichtung beziffert werden und überregional tätige Träger sich lediglich für einen einzigen Durchführungsstandort zuzulassen haben, so dass für Träger, die nur an einem Ort tätig sind, die gleichen Kosten wie für bundesweit tätige Träger mit vielen „Filialen“ entstehen? |

17. Abgeordneter
Jens Spahn
(CDU/CSU)
- Mit welchen Ausweichreaktionen der Tabakkonsumenten in Richtung Billig-Marken, Schnittware, Schmuggelware oder Internetanbieter rechnet die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Erhöhung der Tabaksteuer, und wie bewertet sie dabei die rechtlichen Grundlagen für den EU-weiten Internethandel mit Zigaretten?
18. Abgeordnete
Dr. Gesine Löttsch
(fraktionslos)
- Trifft es zu, dass die Bundesregierung in den Jahren 1999 bis 2003 Lieferungen von Motoren für indonesische Kriegsschiffe erlaubt und diese Lieferungen mit Hermes-Bürgschaften abgesichert hat, und wenn ja, in welcher Höhe wurden die Bürgschaften abgeschlossen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums
für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft**

19. Abgeordnete
Marlene Mortler
(CDU/CSU)
- Wie viele osteuropäische Regierungspraktikanten wurden nach Kenntnis der Bundesregierung 2002 in der deutschen Landwirtschaft betreut?
20. Abgeordnete
Marlene Mortler
(CDU/CSU)
- Zu welchen Bedingungen kann ein osteuropäischer Regierungspraktikant von einem Landwirt beschäftigt werden?
21. Abgeordnete
Petra Pau
(fraktionslos)
- Welche Erwartungen hat die Bundesregierung an die Landesregierung Brandenburg, um den Erhalt des Standortes Wusterhausen der Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere (BFAV) durch geeignete Vereinbarungen über die langfristige Nutzung der Liegenschaft zu ermöglichen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung

22. Abgeordneter
Dietrich Austermann
(CDU/CSU)
- Wie wird die Einhaltung der Regeln der Pflegeversicherung bei der Versorgung von Pflegebedürftigen, die Leistungen aus der Pflegeversicherung in Anspruch nehmen, im Ausland gewährleistet, zum Beispiel bei der Pflege durch im Ausland lebende Angehörige?
23. Abgeordnete
Gitta Connemann
(CDU/CSU)
- Warum wurde, vor dem Hintergrund des Zugeständnisses der Bundesregierung, dass zur „Tragfähigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung [...] weitere Maßnahmen“ erforderlich sind, der Hinweis auf die Rentenreform von 2001 auf deutschen Wunsch aus dem Entwurf des Wirtschaftsberichts Deutschland Januar 2003 der OECD gestrichen (vgl. Handelsblatt vom 28. Mai 2003)?
24. Abgeordnete
Gitta Connemann
(CDU/CSU)
- Welche weiteren Maßnahmen hält die Bundesregierung für erforderlich, um die Tragfähigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung zu gewährleisten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

25. Abgeordneter
Max Straubinger
(CDU/CSU)
- Hält es die Bundesregierung – vor dem Hintergrund, dass sie zur Verwirklichung der dem Transportgewerbe zugesagten Harmonisierung bei Einführung der Lkw-Maut zum 31. August 2003 u. a. eine Mautabsenkung im Vorgriff auf ein noch mit der EU abzustimmendes Mautermäßigungsverfahren durch Anrechnung in Deutschland gezahlter Mineralölsteuer vorsieht – für denkbar, dass die Europäische Kommission im Nachhinein einer Mautanhebung auf die ursprünglich geplante Höhe von durchschnittlich 15 Cent je km zustimmt, wenn die dadurch erzielten Mehreinnahmen ausschließlich zur Harmonisierung der fiskalischen Wettbewerbsbedingungen im Interesse des deutschen Güterkraftverkehrsgewerbes verwendet werden sollen?

26. Abgeordneter
Max Straubinger
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung geäußerte Befürchtungen des Transportgewerbes, dass bei Einführung der Maut ohne entsprechende Harmonisierung 10 000 deutsche Unternehmen in ihrer Existenz gefährdet sind und sich deshalb die Zahl der Insolvenzen im Transportgewerbe nach Mauteinführung verdoppeln wird?
27. Abgeordneter
Dirk Fischer
(Hamburg)
(CDU/CSU)
- Wird im Zusammenhang mit der Mauteinführung für das Güterkraftverkehrsgewerbe ein Entfernungswerk mit exakter Angabe der Autobahnkilometer – die mit den durch GPS ermittelten Kilometern übereinstimmen – erstellt, und wenn ja, ab wann steht dieses Entfernungswerk dem Gewerbe zur Verfügung?
28. Abgeordneter
Axel E. Fischer
(Karlsruhe-Land)
(CDU/CSU)
- Steht das Thema der Verknüpfung der Netze für deutsche und französische Hochgeschwindigkeitszüge über Straßburg/Kehl auf der Tagesordnung des deutsch-französischen Gipfels am 10. Juni 2002 in Berlin, und wenn ja, welche Ergebnisse erwartet die Bundesregierung in dieser Beziehung von dem Gipfel?
29. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU)
- Werden die im Entwurf des Bundesverkehrswegeplanes 2003 genannten Projekte „EU-Osterweiterung“ noch ergänzt beziehungsweise ausgedehnt?
30. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU)
- Wird nach Einschätzung der Bundesregierung der Baubeginn der Bundesautobahn A 6 im Abschnitt Amberg-Ost-Pfreimd so frühzeitig erfolgen, dass damit dem steigenden grenzüberschreitenden Verkehrsaufkommen nach der EU-Osterweiterung Rechnung getragen wird?
31. Abgeordneter
Matthäus Strebl
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung, um die beiden europäischen Metropolen München und Prag auf dem Schienenverkehrsweg über Regensburg-Schwandorf-Furth im Wald-Pilsen attraktiv zu verbinden, so dass insbesondere eine Direktanbindung des Münchener Flughafens gewährleistet ist?

- | | |
|---|---|
| 32. Abgeordneter
Matthäus
Strebl
(CDU/CSU) | Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung insbesondere im Hinblick auf die EU-Osterweiterung, um den Schienenverkehr der Bahn zwischen Ostbayern und Böhmen stärker zu vernetzen? |
|---|---|

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

- | | |
|---|---|
| 33. Abgeordnete
Kristina
Köhler
(Wiesbaden)
(CDU/CSU) | Wie lässt sich die Aussage in der Antwort des Staatssekretärs im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Rainer Baake, vom 21. Mai 2003 auf meine schriftliche Frage in Bundestagsdrucksache 15/1040, das Erreichen des unter dem damaligen Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl beschlossenen Ziels, die CO ₂ -Emissionen Deutschlands bis 2005 um 25 % gegenüber 1990 zu mindern, sei ein „Zwischenschritt“ auf dem Weg zur Umsetzung der im Kyoto-Protokoll genannten Zielsetzung, damit vereinbaren, dass das von der Regierung Kohl beschlossene Ziel höher gesteckt ist als das im Kyoto-Protokoll für Deutschland festgelegte Ziel? |
| 34. Abgeordnete
Kristina
Köhler
(Wiesbaden)
(CDU/CSU) | Wird die Bundesregierung das Klimaschutzziel der Regierung Kohl, die CO ₂ -Emissionen bis 2005 um 25 % gegenüber 1990 zu mindern, erreichen können, oder hält die Bundesregierung lediglich das niedriger angesetzte Kyoto-Ziel, die Treibhausgasemissionen in der 1. Verpflichtungsperiode 2008 bis 2012 um 21 % gegenüber 1990/1995 zu reduzieren, für erreichbar? |
| 35. Abgeordneter
Ernst
Hinsken
(CDU/CSU) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die bisher für das Marktanreizprogramm zur Förderung Erneuerbarer Energien für den Zeitraum von 2004 bis 2006 pro Jahr vorgesehenen 200 bis 230 Mio. Euro als Förderung zu gering sind, und wenn ja, in welchem Umfang will sie den Mittelansatz aufstocken? |
| 36. Abgeordneter
Ernst
Hinsken
(CDU/CSU) | Welche Effekte erhofft sie sich davon? |

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des
Bundeskanzleramtes**

37. Abgeordneter
**Eckart
von Klaeden**
(CDU/CSU)
- Aus welchem Grund behauptet die Bundesregierung in der Fragestunde am 21. Mai 2003 (Plenarprotokoll 15/45, Seite 3741 C) bezüglich der dort genannten Leuna/Minol-Akten, weder die Originale noch Kopien zu haben, obwohl das Bundeskanzleramt bzw. das Bundesministerium der Finanzen dem 1. Untersuchungsausschuss der 14. Wahlperiode mindestens 19 Ordner solcher Akten (eventuell als Kopie) zur Verfügung gestellt haben (Bundestagsdrucksache 14/9300, Seite 812, 821)?
38. Abgeordneter
**Eckart
von Klaeden**
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, dass der frühere Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister a. D. Bodo Hombach laut „Thüringer Allgemeine“ vom 20. Mai 2003 erklärt hat: „Die ‚Bundeslöschtag‘ hat es nie gegeben“, und wie bewertet sie unter diesem Gesichtspunkt die Äußerung des Ermittlungsführers im Disziplinarverfahren Dr. Burkhard Hirsch vor dem 1. Untersuchungsausschuss der 14. Wahlperiode, der von „Bundeslöschtagen“ im Bundeskanzleramt gesprochen hat?
39. Abgeordnete
**Andrea
Voßhoff**
(CDU/CSU)
- Billigt die Bundesregierung die durch den Vorermittlungsführer Dr. Burkhard Hirsch erfolgte Belehrung des ca. 5 Jahre zuvor aus dem öffentlichen Dienst ausgeschiedenen ehemaligen Beamten im Bundeskanzleramt, Rainer Ohler, als möglichen Beschuldigten eines Disziplinarverfahrens eingangs der von Dr. Burkhard Hirsch durchgeführten Zeugenvernehmung (vgl. Leserbrief von R. O., Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. Mai 2003) und falls ja, aufgrund welcher Vorschriften ist ein Disziplinarverfahren gegen einen aus dem öffentlichen Dienst Ausgeschiedenen rechtlich möglich?
40. Abgeordnete
**Andrea
Voßhoff**
(CDU/CSU)
- Billigt die Bundesregierung die Widerstände des Vorermitteilers Dr. Burkhard Hirsch gegen die Anwesenheit des Rechtsanwalts, der den zur Zeugenvernehmung von Dr. Burkhard Hirsch geladenen Rainer Ohler als Zeugenbeistand begleitete (vgl. Leserbrief von R. O., Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. Mai 2003) und ggf. weshalb ist der insoweit für die Aufsicht zuständige Chef des Bundeskanzleramtes, Staatssekretär Dr. Frank-Walter Steinmeier, nicht eingeschritten?

41. Abgeordneter
Bernhard Kaster
(CDU/CSU)
- Wie erklärt sich die Bundesregierung die Antwort „Nein“ in der Antwort des Staatssekretärs und Chefs des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (BPA), Béla Anda, vom 13. Februar 2003 auf die Schriftliche Frage 1 des Abgeordneten Dietrich Austermann in Bundestagsdrucksache 15/504 nach einer eventuellen Beauftragung der Agentur „Odeon Zwo“ zur Durchführung der Kampagne „Erfolg braucht alle“?
42. Abgeordneter
Bernhard Kaster
(CDU/CSU)
- Wie erklärt sich die Bundesregierung die wiederholten, deutlichen Rügen des Bundesrechnungshofes zum Thema „Vergabepaxis“ im BPA, und was will die Bundesregierung unternehmen, um die festgestellten Verstöße gegen das Vergaberecht (vgl. DER TAGESSPIEGEL vom 27. Mai 2003) im BPA künftig zu vermeiden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

43. Abgeordneter
Jens Spahn
(CDU/CSU)
- Welchen finanziellen Anteil trägt die Bundesrepublik Deutschland an den Kosten für Europol relativ zu anderen beteiligten Staaten, und wie hoch ist im Vergleich dazu der Anteil deutscher Mitarbeiter bei Europol?
44. Abgeordnete
Hannelore Roedel
(CDU/CSU)
- Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge als zuständige Bewilligungsbehörde für Maßnahmen und Projekte zur Integration von jugendlichen Spätaussiedlern und Ausländern derzeit weder einen Bewilligungsbescheid noch einen vorzeitigen Maßnahmebeginn für kurzfristig anstehende Projekte erteilt und damit den entsprechenden Jugendorganisationen die zeitliche und finanzielle Planung von Integrationsmaßnahmen unmöglich macht und somit die Nachhaltigkeit der Integrationsbemühungen gefährdet?
45. Abgeordnete
Petra Pau
(fraktionslos)
- Treffen Hinweise der Dozentenvertretung des Fachbereichs Deutsch als Zweitsprache der Volkshochschule Neukölln zu, nach denen durch Planungsfehler des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge die weitere Finanzierung der Sprachkurse im Jahr 2003 gefährdet ist, und wenn

ja, wie soll der weitere Betrieb des Sprachkursprogramms der Berliner Volkshochschulen im Bereich Deutsch als Zweitsprache – das für die Integrationsarbeit eminent wichtig ist – im Jahr 2003 aufrechterhalten werden?

46. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk**
(CDU/CSU)

Wird sich der Bundesminister des Innern, Otto Schily, nachdem er in einer Presseerklärung vom 27. Mai 2003 verkündet hat, er werde sich für eine Änderung der gesetzlichen Bestimmungen einsetzen, damit im Interesse der Belange der Inneren Sicherheit die Ausweisung eines Ausländers wie Metin Kaplan verfügt werden könne, auch für eine Änderung der gesetzlichen Abschiebungshindernisse (gemäß § 53 Ausländergesetz – AuslG) einsetzen, die nach derzeitiger Rechtslage keine Schranke haben und Ausländern wie Metin Kaplan absoluten Abschiebungsschutz gewähren?

47. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk**
(CDU/CSU)

Was hat die Prüfung der Bundesregierung hinsichtlich der Frage ergeben, wie – in dem Extremfall, dass jemand eine fortwährende Gefährdung darstellt, weil er unter dem Verdacht steht, zu extremistischen oder terroristischen Handlungen bereit zu sein – die sich aus § 53 AuslG und der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) ergebenden Schutzpflichten in Übereinstimmung mit den Anforderungen der UN-Sicherheitsresolution 1373 vom 18. September 2001 gebracht werden können, und welche Initiativen hat die Bundesregierung auch auf supranationaler Ebene ergriffen, um die Rechtslage der Bedrohungslage anzupassen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

48. Abgeordneter
**Dietrich
Austermann**
(CDU/CSU)

Wie hoch war das Aufkommen der Ökosteuer – getrennt nach Energieträgern – im Jahr 2002?

49. Abgeordnete
**Gerlinde
Kaupa**
(CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung Berechnungen, wie viele Bürgerinnen und Bürger mit dem Rauchen aufgehört hätten, wenn die Tabaksteuer um 1 Euro pro Zigarettenschachtel erhöht worden wäre, und welche Steuermindereinnahmen sie durch Reduzierung der Raucheranzahl zu erwarten gehabt hätte?

50. Abgeordnete
**Gerlinde
Kaupa**
(CDU/CSU)

Welche Bedeutung hat für die Bundesregierung die Erwägung, dass bei einer Erhöhung der Tabaksteuer um 1 Euro zu viele Menschen mit dem Rauchen aufgehört hätten, wo sie doch 2003 Haushaltsmittel von 11,8 Mio. Euro für Maßnahmen zur Raucherprävention zur Verfügung stellt und möglichst viele Raucher zum Nichtrauchen bewegen möchte?

